PB.I-01-599

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)
Status:	Zurückgezogen

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 599 bis 602:
Neue Überschrift:
Deutsche Initiative zur konkreten nuklearen Abrüstung
Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Unser Anspruch ist noch immer nichts Geringeres als eine ~~atomwaffenfreie Welt~~Welt ohne Kriege. ~~Nach~~Nicht nur nach der Aufkündigung des Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) zwischen den USA und Russland ist

Von Zeile 604 bis 612:
Präsidentschaftswahl und das Wiederbeleben des New-START-Vertrags nutzen, um mit den USA über Barack Obamas „Global Zero“ ins Gespräch zu kommen. ~~Eine Welt ohne Atomwaffen gibt es nur über Zwischenschritte:~~
Wir Grüne setzen uns ein für internationale Initiativen zur Reduzierung der Zahl von Atomwaffen, ~~einen~~und wir fordern den Verzicht der NATO auf ~~jeden Erstschlag~~jegliche Erstschlags-Drohung. Wir wenden uns entschieden gegen die Modernisierung der Atomwaffen in Deutschland und gegen die Anschaffung neuer Atomwaffenträgersysteme. Außerdem initiieren wir eine breite öffentliche Debatte über veraltete Abschreckungsdoktrinen des Kalten Krieges.
~~Dazu gehören ein~~
WIR gehen den für Deutschland ~~frei von Atomwaffen~~dringend nötigen ersten Schritt: Bei einer grünen Regierungsbeteiligung unterzeichnet und ~~ein Beitritt Deutschlands zum~~ratifiziert die Bundesregierung umgehend den VN-Atomwaffenverbotsvertrag. ~~Wir~~Auch wenn wir wissen, dass ~~dafür~~in der Folge zahlreiche Gespräche im Bündnis ~~notwendig sind, auch~~ mit unseren europäischen Partnerstaaten~~,~~ und vor allem die Stärkung der Sicherheit und Rückversicherung unserer polnischen und baltischen Bündnispartner notwendig sind, werden wir damit die nukleare Abrüstung in Deutschland, den Abzug der Atomwaffen und das Ende der „Nuklearen Teilhabe“ noch in der kommenden Legislaturperiode einleiten.

Begründung

Unser Wahlprogramm kann nicht hinter den Beschluss im Grundprogramm ("Dazu braucht es ein Deutschland frei von Atomwaffen und damit ein zügiges Ende der nuklearen Teilhabe.") zurückfallen, ohne uns unglaubwürdig zu machen. Wir kennen und sehen die Problematik bzgl. unseren NATO-Verpflichtungen und der Ängste unserer östlichen Nachbarländer. Dass die NATO-Verpflichtungen mit den Ende der Nuklearen Teilhabe "verträgt" zeigen andere NATO-Staaten, und dass im Ernstfall ein Atomwaffeneinsatz in Konflikten in Osteuropa keine Alternative wäre, weiß jede*r. Daher ist die Drohung damit obsolet! Ein - auch auf 30 oder 50 Atombomben beschränkter - Einsatz führt unweigerlich zu einer Klimakatastrophe für Jahrzehnte oder Jahrhundert auf der Nordhalbkugel. Eine Modernisierung der Bomben und der Trägersystem kommt für uns Grüne -

schon garnicht unter Regierungsbeteiligung . nicht in Frage. Vielmehr wird es höchste Zeit, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet.

weitere Antragsteller*innen

Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg); Jeanne Emilia Riedel (KV München); Hans Aust (KV Aachen); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Matthias Henneberger (KV Wunsiedel); Martin Pilgram (KV Starnberg); Ralph Urban (KV Herzogtum Lauenburg); Jutta Jankowsky-Urban (KV Herzogtum Lauenburg); Verena Fuchslocher (KV Mannheim); Angelika Wilmen (KV Berlin-Pankow); Andreas Müller (KV Essen); Jens (Jan) Erdmann (KV München); Kerstin Dehne (KV München); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Heinz Zemke (KV Braunschweig); Jennifer Christina Menninger (KV Berlin-Pankow); Berti Furtner-Loleit (KV München); Thorben Thieme (KV Neuwied); Jürgen Bürger (KV Köln); Walther Moser (Freiburg KV)